

# NIEDERSCHRIFT ÖFFENTLICHER TEIL

**Gremium:** Marktgemeinderat Triefenstein  
**Sitzungstag:** 11.10.2022  
**Beginn:** 19:30 Uhr  
**Ende:** 20:06 Uhr  
**Sitzungsort:** Saalbau Lengfurt, Friedrich-Kirchhoff-Str. 53,

## Anwesenheitsliste

### 1. Bürgermeister

Frau Kerstin Deckenbrock	
--------------------------	--

### Mitglieder Gemeinderat

Frau Stefanie Engelhardt	
Herr Torsten Gersitz	
Herr Daniel Gravera	
Herr Dr. Bruno Hock	
Frau Claudia Holzmann	
Herr Armin Huth	
Herr Marcus Kuntscher	
Herr Christoph Müller	
Frau Karin Öhm	
Herrn Steffen Schäfer	
Herr Stefan Senger	
Herr Werner Thamm	
Herr Jens Ühlein	
Herr Peter Weis	

### Schriftführerin

Frau Birgit Tschöp	
--------------------	--

### Abwesend:

### Mitglieder Gemeinderat

Herr Wolfgang Virnekäs	Entschuldigt
Herr Ralph Scheller	Entschuldigt

1. Bürgermeisterin Deckenbrock eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gremiumsmitglieder, die Zuhörer und die Presse.

Anschließend stellt sie fest, dass die Ladung zur heutigen Sitzung den Gremiumsmitgliedern mit Schreiben vom 05.10.2022 ordnungsgemäß zugegangen und Beschlussfähigkeit besteht.

Die Niederschrift über die öffentliche Gemeinderatssitzung vom 13.09.2022 ging den Fraktionen zu. Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben. Die Niederschrift ist somit angenommen.

Die Niederschrift zur vorgenannten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 13.09.2022 gibt die erste Bürgermeisterin in Umlauf.

Sofern gegen die Niederschrift bis zum Ende der Sitzung keine Einwände erhoben werden, gelten sie als angenommen.

Aus gegebenem Anlass erfolgt der Hinweis, dass Bild- und Tonaufnahmen während der Sitzung grundsätzlich nicht zulässig sind.

## **T a g e s o r d n u n g :**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Bekanntgaben
- 1.1 Bekanntgaben/Vergaben
- 1.2 Im Genehmigungsfreistellungsverfahren behandelte Bauvorhaben
- 1.3 Termine, seit letzter GR Sitzung bei denen die erste Bürgermeisterin (oder Stellv.) vertreten war
- 1.4 Sachstandsbericht aktuelle Bauvorhaben
  - 1.4.1 Maintalstraße Homburg
  - 1.4.2 Generalsanierung Schulturnhalle
- 1.5 Zum Artikel „Grundsatzbeschluss – Kein weiterer PV-Ausbau mehr erwünscht“ der Kallmuth Rundschau Ausgabe Herbst 2022 der SPD Triefenstein nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung
- 2 Vereidigung eines neuen Gemeinderatsmitglieds
- 3 Bauantrag 22/2022; Wohnhausneubau mit Garage und Carport; Im Häusleins Hof 5, Fl. Nr. 756/4, 756/22, Rettersheim; Beschluss
- 4 Bauantrag 23/2022; Wohnhausneubau mit 2 Stellplätzen; Bugstraße 9, Fl. Nr. 428, Homburg a.Main; Beschluss
- 5 Bebauungsplan "Hofstadter Weg" Rettersheim, Abwägungsbeschluss, Billigungs- und Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. §4 Abs. 2 BauGB; Beschluss
- 6 Bauleitplanung benachbarter Kommunen: Aufstellung Bebauungsplan u. 30. Änderung Flächennutzungsplan für "Wohn- u. Mischgebiet ehemaliges Ziegeleigelände" der Stadt Marktheidenfeld; Erneute Beteiligung als Träger öffentlicher Belange; Beschluss
- 7 Vollzug der Straßenverkehrsordnung; Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Straße "Remlinger Straße" Homburg; Beschluss
- 8 Forstwirtschaft; Holzverkauf - Festlegung Vergabekriterien im Markt Triefenstein sowie Anpassung der Holzpreise; Beschluss
- 9 Bürgeranfragen
  - 9.1 Weg unterhalb Rückhaltebecken Lengfurt
  - 9.2 Energiesparmaßnahmen im Bereich Straßenbeleuchtung
- 10 Anfragen



**Öffentlicher Teil****1 Bekanntgaben****1.1 Bekanntgaben/Vergaben**

keine

**1.2 Im Genehmigungsverfahren behandelte Bauvorhaben**

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 4 der Geschäftsordnung wurden in der Zuständigkeit der ersten Bürgermeisterin folgende Bauvorhaben behandelt:

Das Genehmigungsverfahren nach Art. 58 BayBO kommt grundsätzlich nur dann in Frage, wenn das Vorhaben im Bereich eines qualifizierten oder eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes liegt und alle darin getroffenen Festsetzungen eingehalten werden.

**Keine Geschäftsfälle****1.3 Termine, seit letzter GR Sitzung bei denen die erste Bürgermeisterin (oder Stellv.) vertreten war**

16.09.22	Jahreshauptversammlung	TSV Viktoria Homburg
17.09.22	Jährlicher Waldbegang	Förster und Marktgemeinderat
24.09.22	ILE – Radtour	Komm. Allianz Mfald – K. Öhm
28.09.22	Ehrungsabend Aktive Feuerwehr	Markt Triefenstein

**1.4 Sachstandsbericht aktuelle Bauvorhaben****1.4.1 Maintalstraße Homburg**

Grundsätzlich ist die Baustelle im Zeitplan. Aufgrund von archäologischen Funden und der damit verbundenen Dokumentation des durch Bayernwerk beauftragten Archäologen, ist mit einem zeitlichen Verzug zu rechnen, der aber noch nicht beziffert werden kann. Ein Teilstück (Richtung Bettingen) wird sicher erst in 2023 erfolgen können.

Eine entsprechende Abschlagszahlung wurde von Bayernwerk angefordert, sodass ein Großteil der anteiligen Kosten des Marktes noch im Haushaltsjahr 2022 verbucht werden kann. Ein überschaubarer Haushaltsrest muss dann nach 2023 mitgenommen werden.

**1.4.2 Generalsanierung Schulturnhalle**

Die Baustelle konnte wie geplant im September starten und der Elektrorückbau hat zum Großteil stattgefunden. Im Moment ist der Rohbauer vor Ort und entkernt die Turnhalle. Zuvor wurden noch nutzungswerte Gegenstände vom Bauhof & Sportverein entfernt und eingelagert. Die Elektrobaufirma und die Heizungsbaufirma werden ja nach Fortschritt des Rückbaus hinzugezogen und beginnen nach Absprache mit ihren beauftragten Arbeiten.

Kostenmäßig werden in 2022 noch ca. 350.000 € nach Prognose des Planers anfallen.





**1.5 Zum Artikel „Grundsatzbeschluss – Kein weiterer PV-Ausbau mehr erwünscht“ der Kallmuth Rundschau Ausgabe Herbst 2022 der SPD Triefenstein nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung**

Entgegen der Aussage im Artikel:

„Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion entschied der Gemeinderat daher in der Sitzung vom 31.05.2022, zukünftig keine Freiflächen mehr für Photovoltaik zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion, wie auch die SPD in Triefenstein halten diese Entscheidung für schlichtweg falsch.“

lautete der Beschluss richtig, dass grundsätzlich keine Ackerflächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen bauleitplanerisch entwickelt werden sollen.

Dem weiteren Ausbau von PV Anlagen in Triefenstein, gerade Dachaufbauten aber auch auf Grünflächen auf Industriegelände oder privat wie auch kommunal oder auf Dächern kommunaler Liegenschaften, befürwortete der Marktgemeinderat in seiner Diskussion rund um den Grundsatzbeschluss, auch für die Zukunft.

Die Gesamtfläche in Triefenstein für PV-Anlagen beträgt aktuell bereits 40.450m<sup>2</sup> und produziert seit 2012 11 GWh Solarstrom die vor Ort ins Netz eingespeist werden + 22 GWh aus ca. 150 Dach -PV, Wasserkraft, etc.)

Dazu kommen ca. 80.000 m<sup>2</sup> Ackerfläche für PV durch die Erweiterung an der Autobahn hinzu.

Die neuen Flächen wurden von ca. 20 Eigentümern gepachtet, davon ca. 5 Landwirte und erzeugen in etwa 22 GWh bei Inbetriebnahme. Zum Vergleich: mit 100 GWh kann man in etwa eine Kleinstadt mit 30.000 Einwohner versorgen.



Triefenstein verbraucht pro Jahr 102 GWh Strom, davon ca. 90 GWh Strom die Industrie!

EEG-Anlagen von 33 GWh am Netz + 22 Neue PV Anlage = 55 GWh

d. h. Triefenstein erzeugt, trotz extrem hohem Stromverbrauch durch die Industrie bereits über 50% seines Stromes umweltfreundlich und unabhängig auf bis dahin ca. 4,7% der Gesamtfläche Triefensteins und damit über das doppelte mehr, als die geforderten 2% der Regierung.

Zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung:

Jeder Bürger verursacht im Durchschnitt 9 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.

Alle EEG-Anlagen in Triefenstein zusammen vermeiden ca. 35.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.

D. h. Triefenstein mit seinen ca. 4.700 Einwohnern ( $35.000/9 \approx 3.888$ ) ist nahezu klimaneutral.

#### **Sachstand zum Ausbau der PV Anlage:**

50.000 Solarmodule werden neu installiert, Bauphase bis in den Frühsommer 2023, Inbetriebnahme ist im Sommer 2023 und Bürgerbeteiligung voraussichtlich Ende 2023 geplant.

Weiterhin wird über die Main-Spessart-Solar grüner Regionalstrom allen Haushalten in Triefenstein angeboten.

#### **Windkraft**

Der Marktgemeinderat sprach sich zudem in der letzten Beratung zur Änderung der Verordnung des LEP Bayern einstimmig u.a. für die Beibehaltung der 10H-Regel aus.

## **2 Vereidigung eines neuen Gemeinderatsmitglieds**

#### **Sachverhalt:**

Gemeinderatsmitglieder sind gem. Art. 31 Absatz 4 GO in öffentlicher Sitzung zu vereidigen.

Aufgrund des Mandatsbeginn zum 14.09.2022 wird in der heutigen Sitzung Herr Jens Ühlein als Marktgemeinderat gemäß folgender Eidesformel durch die erste Bürgermeisterin Kerstin Deckenbrock mit folgender Eidesformel vereidigt:

Eidesformel:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz  
für die Bundesrepublik Deutschland  
und der Verfassung des Freistaates Bayern.  
Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein  
und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.  
Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren  
und Ihren Pflichten nachzukommen,  
so wahr mir Gott helfe.“



**3 Bauantrag 22/2022; Wohnhausneubau mit Garage und Carport; Im Häusleinshof 5, Fl. Nr. 756/4, 756/22, Rettersheim; Beschluss**

**Sachverhalt:**

**Beschreibung des Vorhabens:**

**Ort:**

Rettersheim

Rettersheim

Wohnhausneubau mit Garage und Carport

Im Häusleinshof 5 / Nähe Im Häusleinshof, Fl. Nr. 756/4, 756/22,

Unterlagen vom:

01.09.2022

Eingang der Unterlagen am:

15.09.2022

**Das Baugrundstück liegt:**

☐ im Außenbereich

☐ im Innenbereich nach § 34 BauGB

☒ im Gültigkeitsbereich eines qualifizierten Bebauungsplanes  
„Häusleinshof, Rettersheim“

**Befreiung:**

X ja, weil:

Im B-Plan ist die Wandhöhe mit 3,75 über Oberkante Gelände angegeben.

Geplant ist eine Wandhöhe mit 4,245 m, um eine optimalere Ausnutzung des Dachgeschosses zu erzielen.

Befreiung aus städtebaulicher Sicht vertretbar:

Nachbarunterschriften vollständig:

Erschließung gesichert:

Gesichtspunkte die der Erteilung des Einvernehmens entgegenstehen:

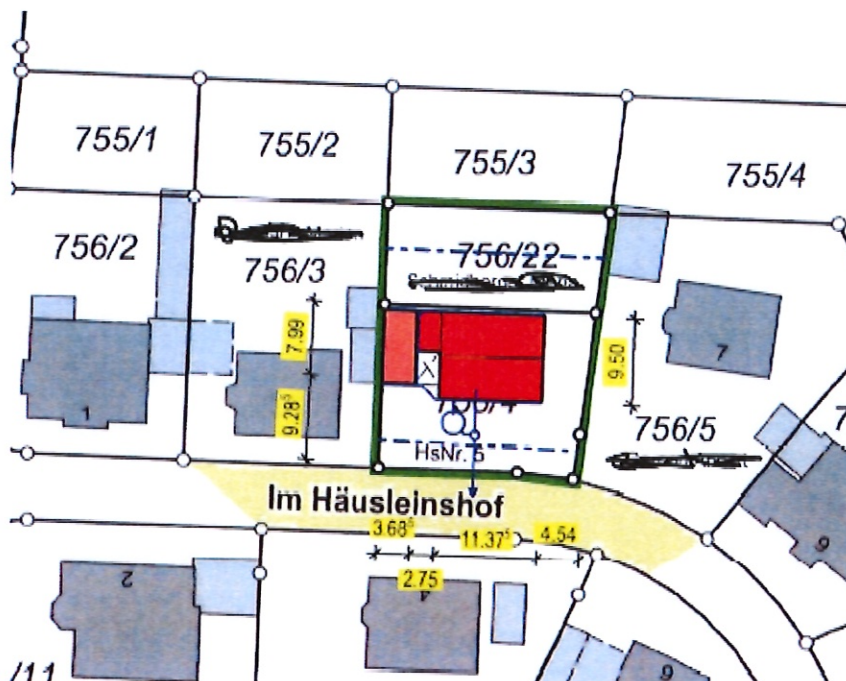
ja

ja

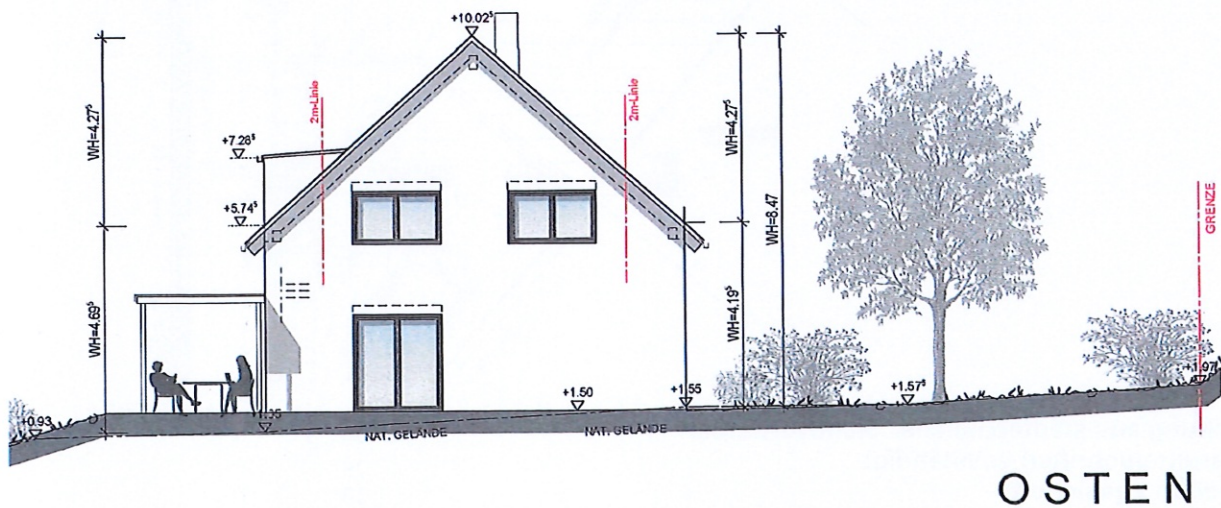
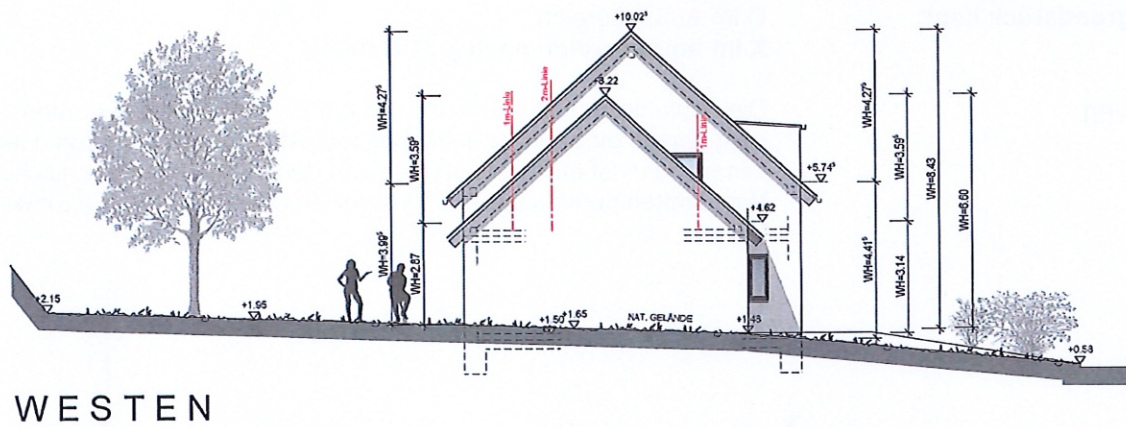
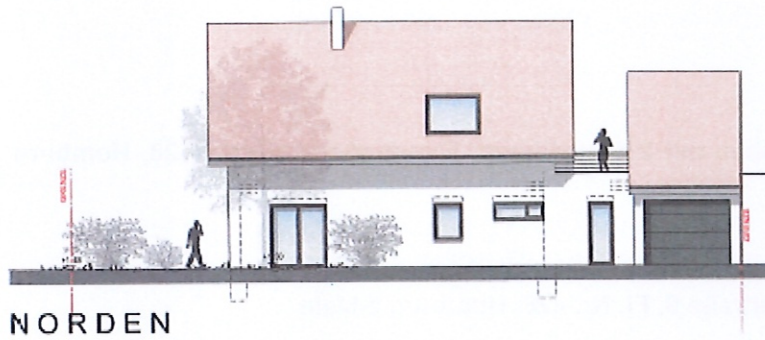
ja

nein

Weitere Hinweise: keine









**Beschluss:**

Der Marktgemeinderat beschließt, dem Bauantrag das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 BauGB sowie die erforderliche Befreiung zu erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Anwesend:	15	
Ja-Stimmen:	15	
Nein-Stimmen:	0	
Persönlich beteiligt:	0	nach Art. 49 GO

**4 Bauantrag 23/2022; Wohnhausneubau mit 2 Stellplätzen; Bugstraße 9, Fl. Nr. 428, Homburg a.Main; Beschluss**

**Sachverhalt:****Beschreibung des Vorhabens:****Wohnhausneubau mit 2 Stellplätzen****Ort:****Bugstraße 9, Fl. Nr. 428, Homburg a.Main**

Unterlagen vom:

19.09.2022

Eingang der Unterlagen am:

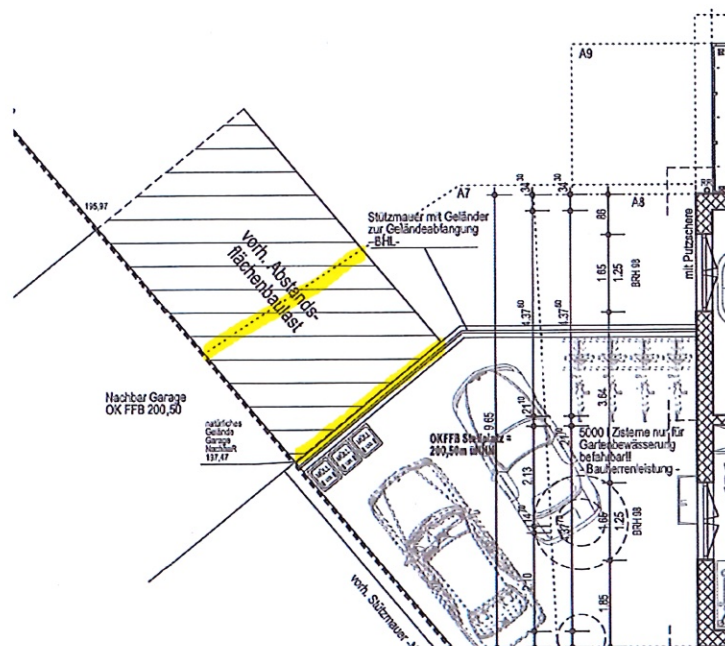
26.09.2022

**Das Baugrundstück liegt:**

O im Außenbereich

**X im Innenbereich nach § 34 BauGB****Abweichung**

Die geplante Stützmauer soll in einem Bereich errichtet werden, auf dem bereits eine Abstandsflächenbaulast des Nachbarn zum Liegen kommt. Hier ist eine Abweichung von den bauordnungsrechtlichen Vorschriften notwendig. Aus hiesiger Sicht bestehen keine Einwände hierzu.

**Abweichung aus städtebaulicher Sicht vertretbar:**

ja

**Nachbarunterschriften vollständig:**

ja

**Erschließung gesichert:**

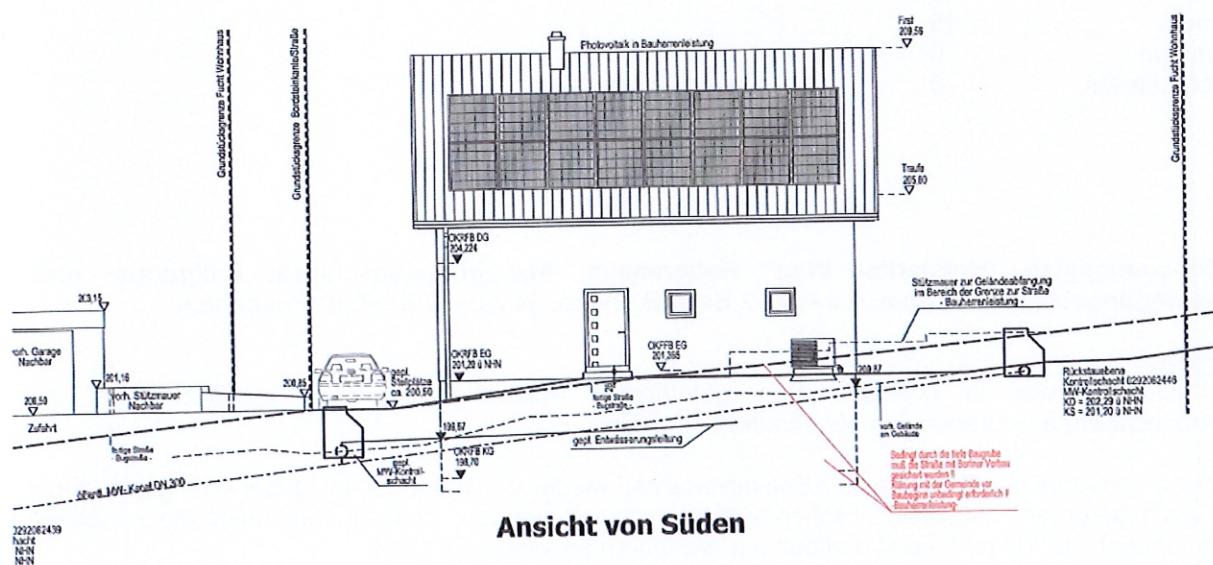
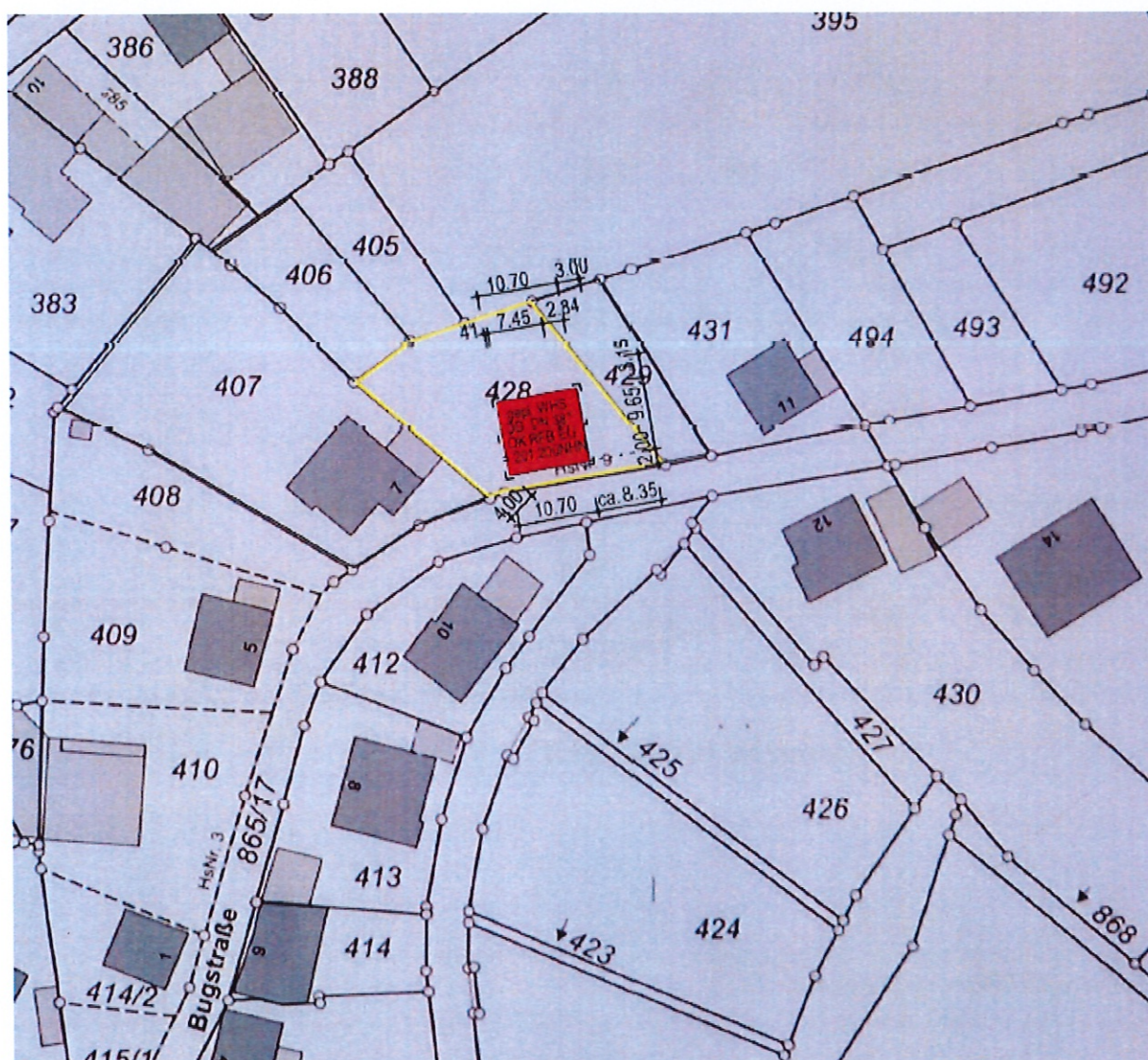
ja

**Gesichtspunkte die der Erteilung des Einvernehmens entgegenstehen:**

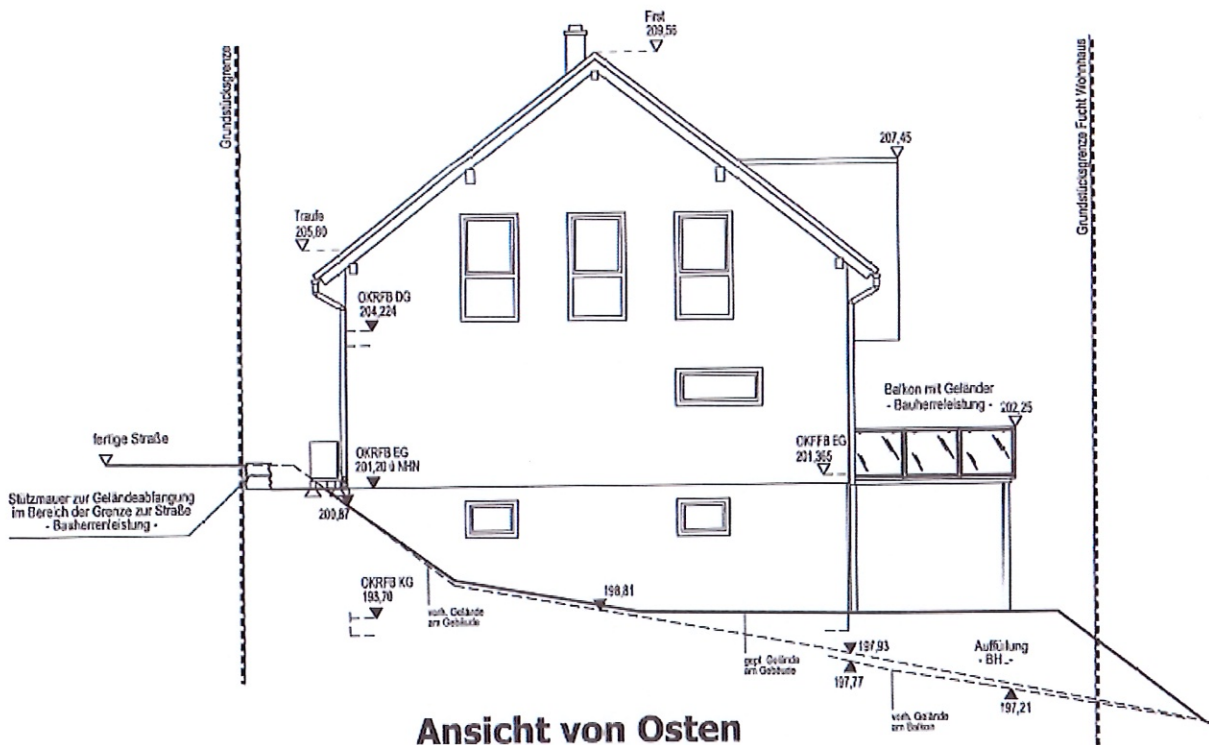
nein

Weitere Hinweise: keine







**Beschluss:**

Der Marktgemeinderat beschließt, dem Bauantrag das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 BauGB sowie die erforderliche Abweichung zu erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Anwesend:	15	
Ja-Stimmen:	15	
Nein-Stimmen:	0	
Persönlich beteiligt:	0	nach Art. 49 GO

## 5 Bebauungsplan "Hofstadter Weg" Rettersheim, Abwägungsbeschluss, Billigungs- und Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. §4 Abs. 2 BauGB; Beschluss

**Sachverhalt:**

Letzte Auslegung war in 03/2021. Den geforderten Änderungen, gerade in Bezug auf die naturschutzrechtlichen Vorgaben, konnte abgeholfen werden.

Zwischenzeitlich wurde das §13b BauGB Bauleitverfahren wieder durch den Gesetzgeber ermöglicht, daher konnten auch geforderte Ausgleichsflächen wieder reduziert werden, sodass man unter die gesetzlich festgeschriebenen 10.000 m² kommt und das o.g. Verfahren so fortsetzen kann.



Durch diese Vorgehensweise werden in dieser erneuten Auslegungs- und Beteiligungsrunde nur die Träger öffentlicher Belange (TÖB) angeschrieben, die bei der formellen Auslegung Anmerkungen oder Bedenken geäußert haben.

Nachdem alle gewünschten Änderungen seitens der TÖB integriert und berücksichtigt wurden, ist es denkbar, dass auch einem Satzungsbeschluss in einer der nächsten Sitzungen (bestenfalls in 2022) nichts mehr im Wege stehen sollte.

### Wesentliche Änderungen:

#### **1.3 Flächennutzungsplan**

Entwurf 15.12.2021

Entwurf geändert, 13.09.2022

<p>Der Bebauungsplan umfasst ein kleines, bereits weitgehend bebautes Gebiet. Das Gebiet setzt sich aus einer Fläche von <b>0,97</b> ha für Bebauung und <b>0,16</b> ha <b>Grünfläche</b> zusammen. Die Fläche wird aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen und ökologisch aufgewertet.</p>	<p>Der Bebauungsplan umfasst ein kleines, bereits weitgehend bebautes Gebiet. Das Gebiet setzt sich aus einer Fläche von <b>0,99</b> ha für Bebauung und <b>0,09</b> ha <b>Grünfläche</b> zusammen. Die Fläche wird aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen und ökologisch aufgewertet.</p>
---	---

## 2. Plangebiet

### Geltungsbereich

Entwurf 15.12.2021

Entwurf geändert, 13.09.2022



## 2. Plangebiet

### Räumlicher Geltungsbereich

Entwurf 15.12.2021

Entwurf geändert, 13.09.2022





## 2. Plangebiet

### Größe der Baugrundstücke

Entwurf 15.12.2021

Entwurf geändert, 13.09.2022

<p><u>Größe der Baugrundstücke</u></p> <p>Die neu geplanten Baugrundstücke umfassen eine <b>0,97 ha</b> große Fläche. Der Abstand von der unteren Baugrenze beträgt in nordwestlicher Richtung <b>48,00 m</b>, in südwestlicher Richtung 64,00 m.</p>	<p><u>Größe der Baugrundstücke</u></p> <p>Die neu geplanten Baugrundstücke umfassen eine <b>0,99 ha</b> große Fläche. Der Abstand von der unteren Baugrenze beträgt in nordwestlicher Richtung <b>47,00 m + 6,00 m = 53,00 m</b>, in südwestlicher Richtung 63,00 m + 1,00 m = 64,00 m.</p>
---	---

## 2. Plangebiet

### Lage

Die betroffenen Grundstücke befinden sich am südwestlichen Ortsrand von Rettersheim und sind im Flächennutzungsplan der Marktgemeinde zum einen Teil als Dorfgebiet (MD), zum anderen Teil als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Der Flächen-nutzungsplan wird ohne Verfahren im Wege der Berichtigung angepasst.

Entwurf 15.12.2021

Entwurf geändert, 13.09.2022

<p>Umgrenzt sind sie</p> <p>im Nordwesten Fl.-Nr. 153/1 Fl.-Nr. 152 mit einem Grenzabstand von <b>38 m</b> zu Fl.-Nr. 292</p> <p>im Norden Fl.-Nr. 153</p> <p>im Südosten Fl.-Nr. 288</p> <p>Im Südwesten Fl.-Nr. 289 mit einem Grenzabstand von <b>54 m</b> zu Fl.-Nr. 292</p> <p>Im Nordosten Fl.-Nr. 152, 151, 149/1, 149, 150, 291, 290, 289</p>	<p>Umgrenzt sind sie</p> <p>im Nordwesten Fl.-Nr. 153/1 Fl.-Nr. 152 mit einem Grenzabstand von <b>47 m</b> zu Fl.-Nr. 292</p> <p>im Norden Fl.-Nr. 153</p> <p>im Südosten Fl.-Nr. 288</p> <p>Im Südwesten Fl.-Nr. 289 mit einem Grenzabstand von <b>63 m</b> zu Fl.-Nr. 292</p> <p>Im Nordosten Fl.-Nr. 152, 151, 149/1, 149, 150, 291, 290, 289</p>
--	--

## 2. Plangebiet

### Planungsumfang

Entwurf 15.12.2021

<u>Planungsumfang</u>			
Gesamtfläche	ca.	1,27 ha	100,00 %
<hr/>			
Baugrundstücke	ca.	0,97 ha	76,50 %
Grünstreifen	ca.	0,16 ha	12,50 %
Straße	ca.	0,14 ha	11,00 %

Entwurf geändert, 13.09.2022

<u>Planungsumfang</u>			
Gesamtfläche	ca.	0,99 ha	100,00 %
<hr/>			
Baugrundstücke	ca.	0,90 ha	90,90 %
Grünstreifen	ca.	0,09 ha	9,10 %



**3 Infrastruktur****3.3 Abwasserbeseitigung / Gewässerschutz**

Entwurf 15.12.2021

Entwurf geändert, 13.09.2022

Ein Anschluss an das öffentliche Entwässerungsnetz besteht im Mischsystem bzw. erfolgt bei Grundstücksteilung über eigene Leitungsrechte.	Ein Anschluss an das öffentliche Entwässerungsnetz besteht im Mischsystem bzw. erfolgt bei Grundstücksteilung über eigene Leitungsrechte <b>z. B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch.</b>
---	--

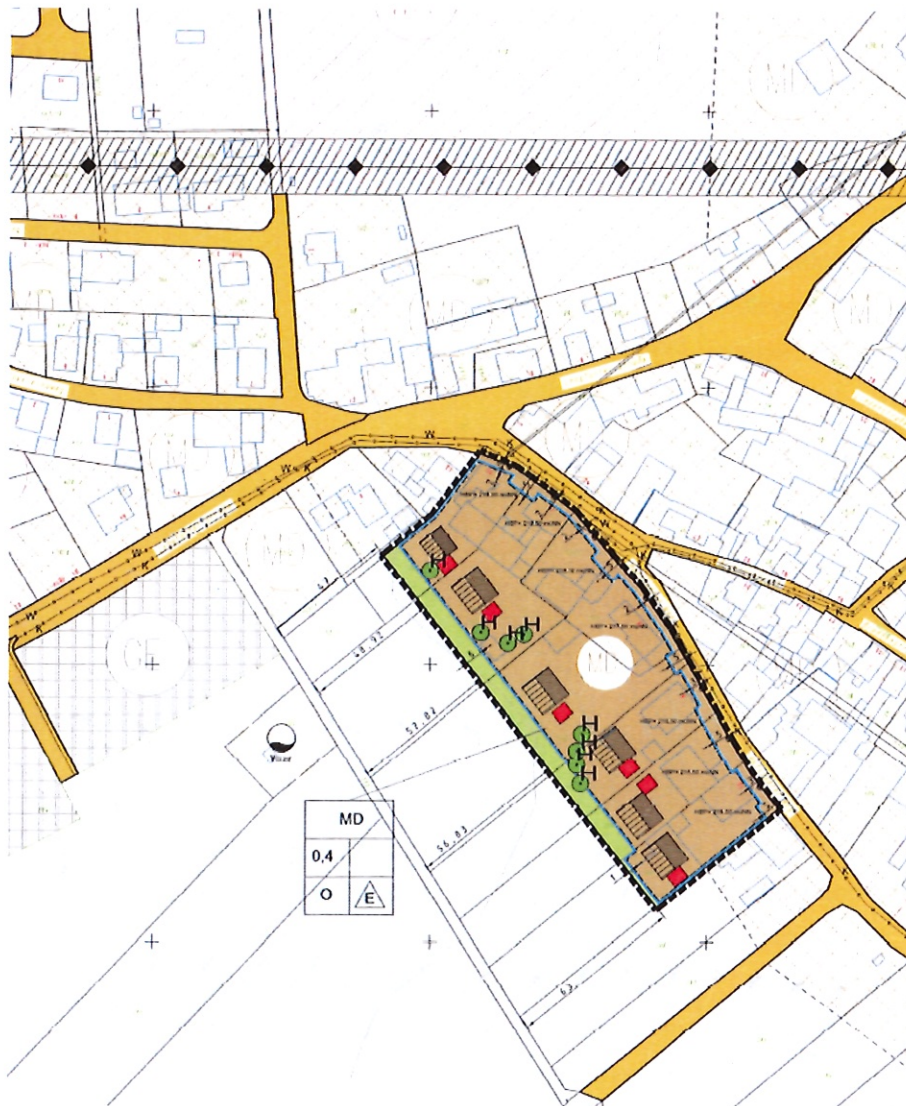
**3 Infrastruktur****3.6 Energieversorgung / Kommunikation**

Entwurf 15.12.2021

Entwurf geändert, 13.09.2022

Die Anschlüsse an die öffentlichen Netze sind vorhanden. Die Versorgung des geplanten Dorfgebietes mit Strom/Gas sowie eine Anbindung an das Telekommunikationsnetz erfolgt über eine Erweiterung der örtlichen Versorgungsnetze.	Die Anschlüsse an die öffentlichen Netze sind vorhanden. Die Versorgung des geplanten Dorfgebietes mit Strom/Gas sowie eine Anbindung an das Telekommunikationsnetz erfolgt über eine Erweiterung der örtlichen Versorgungsnetze <b>bzw. über eigene Leitungsrechte z. B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch.</b>
---	--

Geänderte Version vom 13.09.2022



**Beschlussvorlage für die Abwägung bzw. Berücksichtigung der eingegangenen Anmerkungen, Bedenken:**



**Bebauungs- und Grünordnungsplan  
nach § 13b BauGB  
Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren**

**„Hofstadter Weg“**

**in Rettersheim**

**Markt Triefenstein,**

**Landkreis Main-Spessart**



**Beteiligungsfrist:**

vom 17. Februar 2021 bis einschließlich 19. März 2021

Die Unterlagen zur Planung lagen zur allgemeinen Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus und konnten auch im Internet abgerufen werden.

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Gleichzeitig mit der öffentlichen Auslegung fand die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange statt.

Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

**Auswertung eingegangener Stellungnahmen**

Abwägungsvorlage  
13.09.2022

Markt Triefenstein – Ortsteil Rettersheim – „Hofstadter Weg“

Bebauungsplan nach § 13b BauGB

Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren

**Abwägung der vorgebrachten Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung  
(§ 3 Abs. 2 BauGB)**

Bürger	Datum der Stellungnahme	Es wurde keine Bürgerstellungnahme abgegeben

Bürgerstellungnahme (1) Datum	



Beteiligte Behörde, Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme
1 Landratsamt Main-Spessart	17.03.2021
2 Regionaler Planungsverband (Region 2)	19.03.2021
3 Regierung von Unterfranken, höhere <u>Landesplanungsab.</u>	17.03.2021
4 Regierung von Mittelfranken, Luftamt Nordbayern	12.02.2021
5 WWA Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg	19.03.2021
6 Wasser- und Schifffahrtsamt Aschaffenburg	19.02.2021
7 Zweckverband zur Wasserversorgung	-
8 Landratsamt Main-Spessart, Gesundheitsamt	19.03.2021
9 Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ALEF)	23.02.2021
10 Bayer. Bauernverband, Würzburg	17.02.2021
11 Amt für ländliche Entwicklung Unterfranken (ALE)	08.03.2021
12 Bayer. Landesamt für Denkmalpflege	-
13 Kreisbrandinspektion Main Spessart	-
14 Deutsche Post AG, Niederlassung Briefpost	-
15 DTAG T-Com, PTI 14 Würzburg	-
16 Industrie- u. Handelskammer	19.03.2021
17 Handwerkskammer für Unterfranken	26.02.2021
18 Handelsverband Bayern	-
19 Bayernwerk AG, Netzcenter Marktheidenfeld	25.02.2021
20 Gasversorgung Unterfranken	-
21 Ferngas Netzgesellschaft mbH	-
22 Staatliches Bauamt	15.02.2021
23 Amt für Digitalisierung, Breitband u. Vermessung, Lohr	12.02.2021

47 Behörden und Träger  
öffentlicher Belange wurden  
per Anschreiben vom  
08.02.2021 am Verfahren  
beteiligt.

26 schriftliche Stellungnahmen  
wurden fristgerecht eingereicht  
Nachfolgend werden alle  
Stellungnahmen mit  
Einwendungen bzw.  
Anmerkungen inhaltlich  
zusammengefasst und mit  
Abwägungsvorschlägen  
hinterlegt.

24 Die Autobahn GmbH des Bundes, Dienststelle WÜ	12.02.2021
25 Deutsche Bahn AG	-
26 Bergamt Nordbayern, Regierung von Oberfranken	04.03.2021
27 Landratsamt Main Spessart, Staatl. Schulamt	-
28 Kreisheimatpfleger Herr Paul Diener	28.02.2021
29 Bund Naturschutz, Kreisgruppe Main-Spessart	-
30 Stadt Marktheidenfeld	-
31 MEGAL GmbH, Essen	-
32 Ruhrgas AG, Essen	-
33 Landesjagdverband Bayern, Feldkirchen	-
34 Landesfischereiverband, Oberschleißheim	19.02.2021
35 Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, München	-
36 Landesbund für Vogelschutz, Veitshöchheim	-
37 Bund Naturschutz, Landesgeschäftsstelle Nordbayern	-
38 Vodafone, Niederlassung Nürnberg	-
39 Kabel Deutschland GmbH	-
40 Reg. v. <u>Ufr.</u> , Brand- u. Katastrophenschutz	12.02.2021
41 Deutsche Telekom Technik GmbH	08.02.2021
42 Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung	05.03.2021
43 DFS Deutsche Flugsicherung GmbH	-
44 Flugsportclub Altfeld	15.02.2021
45 <u>PLEdoc</u> GmbH, Netzauskunft	17.02.2021
46 Tennet TSO	18.02.2021
47 Bundeswehr	19.02.2021



Abwägung der vorgebrachten Einwendungen der Beteiligten Träger öffentlicher Belange  
(§ 4 Abs. 2 BauGB)

**Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Von den Trägern öffentlicher Belange haben sich folgende Stellen schriftlich geäußert und folgende Einwendungen, Anregungen und Hinweise vorgetragen:

Nr.	Träger öffentlicher Belange Zusammenfassung der Stellungnahme	Erläuterungen, bzw. Hinweise zu Maßnahmen, Ergänzungen im Bebauungsplan	Würdigung, Abwägungs- und Beschlussvorschlag
1	<p><u>Landratsamt Main-Spessart</u> 17.03.2021 <u>Fachbereich</u> <b>Städtebau/Bauleitplanung:</b> Von Seiten des Städtebaus wird vorgebracht, dass die neuen Bauplätze nun zwar formell an den Hofstadter Weg angeschlossen sind, dennoch die Erschließung bedenklich ist. Die in der Stellungnahme vom 06.08.2020 vorgebrachten Punkte aus Sicht der Bauleitplanung wurden weitestgehend umgesetzt. Die Umweltbelange wurden allerdings nicht in dem erforderlichen Umweltbericht eingearbeitet. Stattdessen fand aber eine Abwägung der Belange in ausreichendem Umfang in der Begründung statt. Dies wird anerkannt, da der Umweltbericht zwar nicht als solcher benannt, inhaltlich aber umgesetzt wurde.</p>	<p>Die Empfehlung wurde in den Punkten wie folgt ergänzt:</p> <p><b>Verkehrsrechtliche Erschließung</b> Bei Grundstücksteilung erfolgt die Nutzung privater Grundstücke als Wege und Zufahrten über Vereinbarungen mit den jeweiligen Grundstückseigentümern z. B. als Geh- und Fahrrechte mit Eintragung ins Grundbuch.</p> <p><b>Wasserversorgung / Grundwasserschutz</b> z. B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch.</p> <p><b>Abwasserbeseitigung / Gewässerschutz Leitungsrechte</b> z. B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch.</p> <p><b>Energieversorgung / Kommunikation</b> bzw. über eigene Leitungsrechte z. B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch.</p>	<p>Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begründung wird zugestimmt.</p> <p>Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begründung wird zugestimmt.</p> <p>Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begründung wird zugestimmt.</p> <p>Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begründung wird zugestimmt.</p>

<p><b>Immissionsschutz:</b> Bereits im September 2020 wurde zu der Planung aus immissionsschutzfachlicher Sicht Stellung genommen. Die darin enthaltenen Anmerkungen wurden weitestgehend berücksichtigt. Die Begründung wurde unter 4.1 hinsichtlich des im Plangebiet bestehenden Metallbaubetriebes sowie des bestehenden Landwirtschaftsbetriebes ergänzt. Das dort geplante MD sieht ausschließlich Nutzungen vor, welche aktuell vorhanden und auch zulässig sind. Hiermit <u>besteht Einverständnis</u>. Gegen die Ausweisung eines Dorfgebietes im dortigen Ortsbereich bestehen aus fachlicher Sicht soweit <u>keine Bedenken</u>.</p> <p><b>Wasserrecht/Bodenschutz:</b> Der Bebauungsplan liegt außerhalb von Wasserschutz- und Überschwemmungsgebieten. Die Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung des Baugebietes soll durch Anschluss an die bestehenden gemeindlichen Anlagen erfolgen. Nachdem eine innere Verkehrs rechtliche Erschließung nicht vorgesehen ist, gehen wir davon aus, dass der Anschluss über den Hofstadter Weg erfolgt, d.h. die vorderliegenden Grundstücke gequert werden müssen. Näheres ist hierzu jedoch in der Begründung nicht ausgeführt und daher noch zu ergänzen. Wir weisen darauf hin, dass für die Nutzung privater Grundstücke mit Ver- und Entsorgungsleitungen Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern abzuschließen sind (z.B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten).</p> <p>Alllasten sind im Plangebiet nicht bekannt. Sollten im Zuge der Baumaßnahmen Bodenverunreinigungen angetroffen werden, ist das Landratsamt Main-Spessart unverzüglich hierüber zu informieren.</p> <p><b>Naturschutz:</b> <u>siehe Ausführungen Grünordnung von Herrn Leimeister</u></p> <p><b>Kommunales Abfallrecht:</b> Aus Seiten des Kommunalen Abfallrechts spricht nichts gegen den Bebauungsplan.</p> <p><b>Kreisbrandrat:</b> Der Kreisbrandrat hat keine Stellungnahme abgegeben. Er war nicht im Dienst. Die Gemeinde wird dringend aufgefordert, hier erneut nachzuhaken und dafür Sorge zu tragen, dass die Löschwasserversorgung auch gewährleistet ist. Ggf. kann über den zuständigen Kreisbrandinspektor eine erste Aussage hierzu getroffen werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Empfehlung wurde wie vor ergänzt: <u>siehe in den Punkten Fachbereich Bauleitplanung/Städtebau</u></p> <p>..... über eigene Leitungsrechte z. B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begründung wird zugestimmt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	---	--



2	<p><u>Regionaler Planungsverband (Region 2)</u> 19.03.2021</p> <p>Der Regionale Planungsverband hat in seiner Eigenschaft als Träger öffentlicher Belange bereits mit Schreiben vom 04.09.2020 Stellung genommen. Der Regionale Planungsverband erhebt gegen das genannte Vorhaben keine Einwendungen. Dennoch wird gebeten, die Planung mit Blick auf die Flächen-verfügbarkeit für Baulandsuchende zu hinterfragen.</p>	Hinweis wird zur Kenntnis genommen	Kenntnisnahme
3	<p><u>Regierung von Unterfranken</u> 17.03.2021</p> <p>Die Regierung von Unterfranken als höhere Landesplanungsbehörde hat sich in ihrer Eigenschaft als Träger öffentlicher Belange zu den genannten Bauleitplanentwürfen zuletzt mit Schreiben vom 17.03.2021 geäußert und bereits mit Schreiben vom 02.09.2020 Stellung genommen. Darin wurden Bedenken hinsichtlich des Bedarfsnachweises erhoben. Die Regierung von Unterfranken hat gegen das genannte Vorhaben keine Einwendungen. Dennoch wird gebeten, die Planung mit Blick auf die Flächenverfügbarkeit für Baulandsuchende zu hinterfragen.</p>	Hinweis wird zur Kenntnis genommen	Kenntnisnahme
4	Regierung von Mittelfranken, Luftamt Nordbayern	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
5	<p><u>WWA Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg</u> 19.03.2021</p> <p>Hinweise zur Bauleitplanung für das Schutzgut Boden - Vorsorgender Bodenschutz zu den o.g. Planungen haben wir zuletzt mit Schreiben vom 20.12.2020 bereits Stellung genommen. Diese Stellungnahme besitzt, soweit noch nicht berücksichtigt, nach wie vor Gültigkeit. <u>Nachfolgende ergänzende Hinweise und Anmerkungen</u> sind in der weiteren Planung zu berücksichtigen:</p> <p><b>Wasserversorgung, Grundwasserschutz</b> Von dem geplanten Vorhaben ist kein Wasserschutzgebiet für eine Wassergewinnungsanlage für die öffentliche Trinkwasserversorgung betroffen. Die in der Begründung zum Bebauungsplan aufgeführten Hinweise zum Grundwasserschutz sind zu beachten. Wir verweisen diesbezüglich insbesondere auf die Ausführungen in Kapitel 3.2.</p> <p>Die Trinkwasserversorgung soll durch den Anschluss an das bestehende Ortsnetz realisiert werden. Es ist auf eine mengen- und druckmäßig ausreichende Wasserversorgung zu achten. Inwieweit die bestehenden Anlagen ausreichend bemessen sind die Trink-, Brauch- und Löschwasserversorgung sicherzustellen, ist vorab zu überprüfen. Unweit des Geltungsbereichs des Bebauungsplans existiert ein Brunnen (Flurnummer 293, Gemarkung Rettersheim), der als Notbrunnen nach Wassersicherungsgesetz (WasSG) ausgewiesen ist. Der Markt Triefenstein ist für diesen Brunnen als Leistungspflichtiger bestimmt worden. Die Leistungspflichtigen müssen die Notbrunnen</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>



<p>ordnungsgemäß warten und betriebsfähig halten. Die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit des Notbrunnens ist auch weiterhin zu erhalten. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist u. a. darauf zu achten, dass eine geeignete und ausreichend breite Zufahrt (auch für Großgeräte) gewährleistet ist. Durch das geplante Baugebiet dürfen keine negativen Auswirkungen auf den Notbrunnen entstehen. So dürfen hier keine potentiell grundwasserschädlichen Nutzungen zugelassen werden.</p> <p><b>Abwasserbeseitigung, Gewässerschutz</b> Grundsätzlich ist das gemeindliche Abwasserbeseitigungskonzept vor Verwirklichung des Bebauungsplanes fortzuschreiben.</p> <p><u>Abwasserentsorgung</u> Nach den Unterlagen soll die abwassertechnische Erschließung im Mischsystem erfolgen und somit an den bestehenden Mischwasserkanal des Ortsteils Rettersheim angeschlossen werden. Das anfallende Abwasser wird demnach der Kläranlage in Triefenstein zugeführt und dort behandelt. Es wird darauf verwiesen, dass im Hinblick auf § 55 (2) WHG die weitere abwassermäßige Erschließung grundsätzlich im Trennsystem vorgenommen werden sollte. Es sind aufgrund der Vergrößerung des Geltungsbereiches zunächst alternative Ableitungsmöglichkeiten für das anfallende Niederschlagswasser zu prüfen. Bei der abwassertechnischen Erschließung ist sicherzustellen, dass das weiterführende Kanalnetz mit seinen Sonderbauwerken (z.B. Regenüberläufe, Regenüberlaufbecken) ausreichend leistungsfähig ist, um das anfallende Schmutzwasser aufzunehmen. Insbesondere sollte geprüft werden, ob die vorgesehenen Maßnahmen in der aktuellen Kanalisationsplanung nach Flächenumgriff, Versiegelungsgrad und Abwasseranfall entsprechend berücksichtigt oder ob ggf. Anpassungen notwendig sind.</p> <p><u>Niederschlagswasserbeseitigung</u> Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist unbelastetes Niederschlagswasser grundsätzlich getrennt von häuslichem Schmutzwasser zu entsorgen. Diverse mögliche Maßnahmen zur Reduzierung des anfallenden Niederschlagswassers und einhergehende hydraulische Entlastung des nachfolgenden Kanalnetzes sind in der vorliegenden Begründung mitaufgenommen.</p> <p><b>Schutz vor Starkniederschlägen</b> In den Bebauungsplan wurde ein textlicher Hinweis unter Nr. 15 „Hochwassersicherheit“ in Bezug auf die Höhenlage der Gebäudeöffnungen aufgenommen. Weitere Erläuterungen diesbezüglich finden sich in der Begründung unter Kapitel 3.5. Von wasserwirtschaftlicher Seite besteht hiermit im Grundsatz Einverständnis.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>
--	--	---



	<p><b>Alttablagerungen, Bodenschutz</b> Das Altlasten-, Bodenschutz- und Dateninformationssystem ABuDIS enthält für das Planungsgebiet keine Einträge. Sollten altlastenverdächtige Flächen oder sonstige Bodenverunreinigungen vorgefunden werden, sind Erkundung und ggf. Sanierung mit dem Landratsamt und dem Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg auf der Grundlage der Bodenschutzgesetze abzustimmen.</p> <p><u>Versorgender Bodenschutz</u> Der Bebauungsplan enthält in den Hinweisen unter Ziffer 13 allgemeine Maßgaben, die den vorsorgenden Bodenschutz betreffen. Grundsätzlich ist das Schutzgut Boden im Umweltbericht anhand geeigneter Informationsquellen nach Bodentyp und Bodenfunktionen zu bewerten. Dies ist hier nicht erfolgt. <b>siehe Ausführungen Grünordnung von Herrn Leimeister</b></p> <p>Die Vorgehensweisen für das Schutzgut Boden sind auf der Seite des Landesamtes für Umwelt unter <a href="https://www.lfu.bayern.de/boden/bodenplanung/index.htm">https://www.lfu.bayern.de/boden/bodenplanung/index.htm</a> für den Bereich Planung und unter <a href="https://www.lfu.bayern.de/boden/bodenfunktionen/index.htm">https://www.lfu.bayern.de/boden/bodenfunktionen/index.htm</a> für die Bodenbewertung erläutert. In der Anlage „Hinweise zur Bauleitplanung für das Schutzgut Boden - Vorsorgender Bodenschutz“ werden nochmals weitere Vorgaben und Hinweise zum vorsorgenden Bodenschutz mit der Bitte um Beachtung übermittelt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>
6	Wasser- und Schifffahrtsamt Aschaffenburg	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
8	Landratsamt Main-Spessart, <u>Gesundheitsamt</u> 19.03.2021 Mit dem Planvorhaben besteht aus gesundheitlicher und hygienischer Sicht Einverständnis.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen	Kenntnisnahme
9	<u>Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Karlstadt</u> Mit Schreiben vom 23.02.2021 wurde mitgeteilt, dass Einverständnis besteht. Die Nutzung und Zufahrt der Halle des Haupterwerbsbetriebes muss weiterhin uneingeschränkt möglich sein.		Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet.
10	Bayer. Bauernverband, Würzburg	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
11	<u>Amt für ländliche Entwicklung Unterfranken (ALE)</u> Mit Schreiben vom 08.03.2021 äußerte das ALE, dass gegen den o. a. Bebauungsplanentwurf folgende flurbereinigungsrechtlichen Bedenken bestehen. Die hier vorgesehene Bebauung in zweiter Reihe entspricht nicht den Grundsätzen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung. Bei mehreren der zur ergänzenden Bebauung vorgesehenen Grundstücke besteht beispielsweise keine Möglichkeit, das künftige Wohngebäude von der Ortsstraße her anzufahren (Feuerschutz!). Des Weiteren droht die Gefahr, dass mittelfristig entweder die vorderliegenden Bestandsgebäude leerfallen und an der Ortsstraße eine	<p><b>Verkehrsrechtliche Erschließung</b></p> <p>Die Erschließung erfolgt über das innerörtliche Straßennetz. Eine innere Erschließung des Plangebietes ist nicht vorgesehen. Bei Grundstücksteilung erfolgt die Nutzung privater</p>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begründung wird zugestimmt.

	<p>Leerstands-problematik auftritt, oder dass eine generations-bedingte rechtliche Eigentumstrennung erforderlich wird und damit Bodenordnungs- bzw. Erschließungsprobleme auftreten. Bei mehreren unterfränkischen Dorferneuerungsverfahren bestehen komplizierte zum Teil auch strittige Eigentumssituationen aufgrund von Bebauungen in zweiter Reihe.</p> <p>Nur selten können zufriedenstellende Lösungen durch Einvernehmen und mit Hilfe der Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz gefunden werden.</p> <p>Von einer Neuschaffung solcher Verhältnisse wird dringend abgeraten.</p> <p>Nach dem Arbeitsprogramm des Amtes für Ländliche Entwicklung Unterfranken ist für dieses Gebiet kein Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz vorgesehen.</p>	<p>Grundstücke als Wege und Zufahrten über Vereinbarungen mit den jeweiligen Grundstückseigentümern z. B. als Geh- und Fahrrechte mit Eintragung ins Grundbuch.</p> <p><b>Wasserversorgung / Grundwasserschutz</b></p> <p>Ein Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung ist vorhanden bzw. erfolgt bei Grundstücks-teilung über eigene Leitungsrechte z. B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch.</p> <p><b>Abwasserbeseitigung / Gewässerschutz</b></p> <p>Ein Anschluss an das öffentliche Entwässerungs-netz besteht im Misch-system bzw. erfolgt bei Grundstücksteilung über eigene Leitungsrechte z. B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch.</p> <p><b>Energieversorgung / Kommunikation</b></p> <p>Die Anschlüsse an die öffentlichen Netze sind vorhanden. Die Versorgung des geplanten Dorfgebietes mit Strom/Gas sowie eine Anbindung an das Telekommunikationsnetz erfolgt über eine Erweiterung der örtlichen Versorgungsnetze bzw. über eigene Leitungsrechte z. B. Eintragung von Grunddienstbarkeiten ins Grundbuch.</p>	<p>Der Änderung des Bebauungsplan-entwurfs und der Begründung wird zugestimmt.</p> <p>Der Änderung des Bebauungsplan-entwurfs und der Begründung wird zugestimmt.</p> <p>Der Änderung des Bebauungsplan-entwurfs und der Begründung wird zugestimmt.</p>
--	---	---	--



16	Industrie- u. Handelskammer	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
17	Handwerkskammer für Unterfranken	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
19	Bayernwerk AG, Netzcenter Marktheidenfeld	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
22	Staatliches Bauamt	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
23	Amt für Digitalisierung, Breitband u. Vermessung, Lohr	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
24	<p><u>Die Autobahn GmbH, Würzburg:</u> Mit Schreiben vom 12.02.2021 wird auf die Stellungnahme vom 06.08.2020 verwiesen.</p>	<p>Auszug aus der Stellungnahme vom 06.08.2020:</p> <p>Es besteht Einverständnis, wenn nachfolgende Punkte erfüllt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Beleuchtungsanlagen müssen so erstellt werden, dass Verkehrsteilnehmer auf der BAB A3 nicht geblendet werden.</li> <li>2. Werbeanlagen, die Verkehrsteilnehmer auf der BAB A3 ablenken könnten, dürfen nicht errichtet werden. Es wird auf §33 Straßenverkehrsordnung verwiesen.</li> <li>3. Oberflächen- und sonstiges Abwasser dürfen nicht auf der Entwässerungsanlage der BAB A3 zugeführt werden.</li> <li>4. Von der geplanten Maßnahme dürfen keine Emissionen ausgehen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB A3 beeinträchtigen können.</li> <li>5. Gegen den Straßenbaulastträger können keine Ansprüche aus Lärm oder sonstigen Emissionen geltend gemacht werden.</li> </ol>	<p>Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begründung wird zugestimmt.</p>

26	Bergamt Nordbayern, Regierung von Oberfranken	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
28	Kreisheimatpfleger Herr Paul Diener	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
34	Landesfischereiverband, Oberschleißheim	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
40	Reg. v. Ufr., Brand- u. Katastrophenschutz	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
41	Deutsche Telekom Technik GmbH	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
42	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
44	Flugsportclub Altfeld	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
45	PLEdoc GmbH, Netzauskunft	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
46	Tennet TSO	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme
47	Bundeswehr	Stellungnahme ohne Anmerkung	Kenntnisnahme

**Bebauungsplan „Hofstadter Weg“ Triefenstein-Rettersheim**  
**Abwägungstabelle**

Stand 31.8.2022

Nr.	Stellungnahme	Erläuterungen bzw. Hinweise zu Maßnahmen, Ergänzungen im Bebauungsplan, Abwägungsvorschlag	Beschlussvorschlag
<b>A. Untere Naturschutzbehörde Landkreis Main-Spessart</b> <b>Stellungnahmen vom 17.03.2021, 28.06.2021 und 09.05.2022</b>			
1	<b>Artenschutzrechtliche Prüfung:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Damit bei der Umsetzung keine Verstöße gegen das artenschutzrechtliche Zugriffsverbot gem. § 44 Abs.1 BNatSchG erfolgen, müssen die geplanten Maßnahmen zum Artenschutz prüfbar im Plan und Text erläutert werden</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen. Die Festsetzungen in Pkt. 1.2. „Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) - Biotopbäume“ und Pkt. 11 „Bauantrag“ werden entsprechend konkretisiert.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt.
2	<b>Kompensation:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Mit dem ermittelten Kompensationsfaktor von 1,0 für die Fl.-Nr. 152 und 291 besteht Einverständnis. Mit dem Faktor von 0,6 für die unbebauten Grundstücke besteht nur in Teilen Einverständnis; hier muss das arten- und strukturreiche Dauergrünland im Verhältnis 1:1 ausgeglichen werden.</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bei einem Bebauungsplanverfahren gem. § 13b BauGB „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“ muss keine Kompensation erfolgen.</li> <li>Der Ausgleich für das arten- und strukturreiche Dauergrünland wird in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde auf der externen Ausgleichsfläche Fl.-Nr. 4397/51 Gem. Lengfurt erbracht; die Vorgaben zur Ansaat und Pflege werden übernommen.</li> </ul>	Kenntnisnahme  Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt.
3	<b>Schützenswertes Grünland:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Verlust an arten- und strukturreichem Grünland muss durch die Anlage einer entsprechenden Ausgleichsfläche mit Mindestgröße 550 m² und mit genauen Festsetzungen zur Ansaat mit Regio-Saatgut UG_11 und zur Pflege kompensiert werden.</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird zur Kenntnis genommen.</li> <li>Der Ausgleich wird in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde auf der externen Ausgleichsfläche Fl.-Nr. 4397/51 Gem. Lengfurt erbracht; die Vorgaben zur Ansaat und Pflege werden übernommen.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt.
4	<b>Rahmengrün an der Außengrenze des Geltungsbereiches:</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird zur Kenntnis genommen.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs



	<ul style="list-style-type: none"> <li>Das Rahmengrün muss mind. 3-reihig angelegt werden; nicht bepflanzte Flächen müssen mit Regio-Saatgut UG 21 Blühwiesen-/Saummischung eingesät werden, auf Pestizide und Mahd vor dem 15.6. muss verzichtet werden bei Erhalt von mind. 20% Fläche bis zum Frühjahr/Sommer des nächsten Jahres</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Festsetzungen im Bebauungsplan werden entsprechend geändert.</li> </ul>	und der Begrünung wird zugestimmt.
5	<b>Vorgezogene Ausgleichsmaßnahme Biotopbäume:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vor der Entfernung der Bäume bzw. vor der Baufeldfreimachung muss festgesetzt sein, welche Bäume aus der Nutzung genommen werden. Es empfiehlt sich, wertvolle Baumgruppen für den Ersatz aus der Nutzung zu nehmen</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen. Die Festsetzungen in Pkt. 1.2. „Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) - Biotopbäume“ und Pkt. 11 „Bauantrag“ werden entsprechend konkretisiert.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt.
6	<b>Artenliste Wildsträucher:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bei den Wildsträuchern sollen nur gebietseigene und standortangepasste Gehölzarten verwendet werden mit der Angabe der Pflanzqualitäten und Pflanzabständen</li> <li>Die Pflanzungen sind im Winterhalbjahr, spätestens 1 Jahr nach Baufertigstellung durchzuführen; die Herstellung der Pflanzmaßnahmen ist bei der Unteren Naturschutzbehörde Lkrs. Main-Spessart anzuzeigen. Die Pflanzungen müssen dauerhaft unterhalten, gepflegt und gewässert werden; abgängige Exemplare müssen umgehend ersetzt werden</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen, die Festsetzungen werden geändert.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt.
7	<b>Bodenschutz:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Zusätzlich zu den Festsetzungen zur Überprüfung der Fläche soll in die Festsetzungen aufgenommen werden, dass bei Baumaßnahmen zwischen Anfang März und Ende August als Vermeidungsmaßnahmen für Feldvögel/Bodenbrüter die Baufeldfreimachung vor März erfolgen muss mit anschließendem Erhalt einer Schwarzbirke bis Baubeginn bzw. Baufertigstellung</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen, die Festsetzungen werden geändert.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt.
8	<b>Fassadenbegrünung:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>In die Pflanzenliste sollten noch geeignete – nicht invasive Arten – aufgeführt werden (z.B. Vitis vinifera, Hedera helix, Humulus lupulus, Rosen etc.)</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen, die Festsetzungen werden geändert.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt.

9	<b>Außenbeleuchtung:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bei der Beleuchtung von Fassaden und Außenanlagen sollen Leuchtmittel mit einer Farbtemperatur 2700 bis max. 3000 Kelvin verwendet werden</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen, die Festsetzungen werden geändert.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt.
10	<b>Monitoring:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Dokumentation der durchgeführten Kompensations-, Begrünungs- und Pflegemaßnahmen muss in den ersten 5 Jahren jährlich und anschließend alle 5 Jahre, mit anschließender Vorlage der dokumentierten Kontrollergebnisse bei der zuständigen UNB, erfolgen. Die Dokumentation soll alle Angaben zu den durchgeführten Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen enthalten</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen, die Festsetzungen werden geändert.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt.

**B. Untere Naturschutzbehörde Landkreis Main-Spessart  
Schreiben vom 14.03.2022**

1	<b>Artenschutzrechtliche Prüfung:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Damit bei der Umsetzung keine Verstöße gegen das artenschutzrechtliche Zugriffsverbot gem. § 44 Abs.1 BNatSchG erfolgen, müssen die geplanten Maßnahmen zum Artenschutz prüfbar im Plan und Text erläutert werden</li> <li>Die interne Ausgleichsfläche muss im Planteil dargestellt werden</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen. Die Festsetzungen in Pkt. 1.2. „Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) - Biotopbäume“ und Pkt. 11 „Bauantrag“ werden entsprechend konkretisiert.</li> <li>Bei einem Bebauungsplanverfahren gem. § 13b BauGB „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“ muss keine Kompensation erfolgen, die Darstellung einer internen Ausgleichsfläche entfällt somit.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt  Kenntnisnahme
2	<b>Artenschutz bei Fällungs-, Abriss- und Bauarbeiten:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Es ist zu beachten, dass auch aktuell nicht besetzten Höhlen, Quartiere etc. von besonders und/oder streng geschützten Arten gesetzlich geschützt sind. Potentielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschützter Arten sind im Vorfeld zu erfassen; der Verlust ist möglichst im Vorfeld zu kompensieren. Es ist darzustellen, wo</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen. Die Festsetzungen in Pkt. 1.2. „Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) - Biotopbäume“ und Pkt. 11 „Bauantrag“ werden entsprechend konkretisiert.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt



	entsprechende Kompensationsmaßnahmen erfolgen sollen.		
3	<b>Schützenswertes Grünland:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Eingriff in das arten- und strukturreiche Grünland muss im Verhältnis 1:1 ausgeglichen werden</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird zur Kenntnis genommen.</li> <li>Der Ausgleich wird in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde auf der externen Ausgleichsfläche Fl.-Nr. 4397/51 Gem. Lengfurt erbracht; die Vorgaben zur Ansaat und Pflege werden übernommen.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt
4	<b>Kompensation – Interne Ausgleichsfläche:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Es muss Regio-Saatgut der Region „Hessisches Bergland (PR 4) verwendet werden</li> <li>Die sockellose Zäunung der Ausgleichsfläche ist 10 Jahre, spätestens 15 Jahre nach Herstellung der Gehölzpflanzungen wieder zu entfernen.</li> <li>Die Ausgleichsflächen und -maßnahmen sind rechtlich und dinglich zu sichern. Ein entsprechender Nachweis ist der zuständigen Gestattungsbehörde vor Satzungsbeschluss vorzulegen</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bei einem Bebauungsplanverfahren gem. § 13b BauGB „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“ muss keine Kompensation erfolgen, die interne Ausgleichsfläche entfällt somit.</li> </ul>	Kenntnisnahme
5	<b>Monitoring:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Dokumentation der durchgeführten Kompensations-, Begrünungs- und Pflegemaßnahmen muss in den ersten 5 Jahren jährlich und anschließend alle 5 Jahre, mit anschließender Vorlage der dokumentierten Kontrollergebnisse bei der zuständigen UNB, erfolgen. Die Dokumentation soll alle Angaben zu den durchgeführten Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen enthalten</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Einwand wird übernommen, die Festsetzungen werden geändert.</li> </ul>	Der Änderung des Bebauungsplanentwurfs und der Begrünung wird zugestimmt
6	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die erforderlichen Kompensationsflächen bzw. –maßnahmen sind incl. Grünordnungsplan und den Festsetzungen zu Herstellungs-, Entwicklungs- und Unterhaltspflege von der Gemeinde an das Ökflächenkataster des LfU zu melden</li> <li>Hinsichtlich der Optimierung der Nutzung und Pflege der Kompensationsflächen und der Geltungsbereiche ist der Unteren Naturschutzbehörde – bestenfalls für</li> </ul>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Punkt wird zur Kenntnis genommen.</li> <li>Der Punkt wird zur Kenntnis genommen</li> </ul>	Kenntnisnahme

	alle Flächen – eine zuständige Ansprechperson zu nennen.		
<b>C. BUND Kreisgruppe Main-Spessart Stellungnahme vom 06.08.2020</b>			
1	<b>Position des BUND:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>In Anbetracht sinkender Bevölkerungszahlen, insbesondere auch in unserer Region, die zu den Abwanderungsregionen zählt, halten wir die Ausweisung neuer Baugebiete – und sei es auch nur kleinflächig – auf der grünen Wiese oder am Ortsrand außerhalb bestehender Ortsgrenzen nicht mehr für sinnvoll.</li> </ul> <b>Projektbeurteilung:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der § 13b BauGB ist zum 31.01.2019 ausgelaufen und kann deshalb nicht angewendet werden. Eine ausführliche Umweltprüfung ist notwendig</li> </ul> <b>Artenschutz:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vorkommen von Zauneidechse und Schlingnatter sind entgegen gutachterlicher Aussage nicht auszuschließen. Habitatstrukturen sind durchaus vorhanden. Hier muss eine fachlich ausreichende Überprüfung erfolgen</li> <li>Quartiere von Fledermäusen in den Obstbäumen können ebenfalls nicht ausgeschlossen werden; auch bei dem vorhandenen Schuppen muss eine artenschutzrechtliche Untersuchung erfolgen</li> </ul> <b>Grünland</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Position des BUND wird zur Kenntnis genommen.</li> <li>Die Anwendung des § 13b BauGB ist gem. Schreiben des LRA Main-Spessart vom 02.03.2022 wieder möglich. Bei einem Bebauungsplanverfahren gem. § 13b BauGB „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“ muss keine Umweltprüfung und Kompensation erfolgen.</li> <li>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine artenschutzrechtliche Untersuchung des Geltungsbereichs erfolgte September 2020. Ein Vorkommen der Zauneidechse und Schlingnatter kann ausgeschlossen werden. Die Festsetzungen zum Schutz der Höhlenbäume werden konkretisiert.</li> <li>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Ausgleich wird in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde auf der externen Ausgleichsfläche Fl.-Nr. 4397/51 Gem. Lengfurt</li> </ul>	Kenntnisnahme  Kenntnisnahme  Kenntnisnahme  Kenntnisnahme

	<ul style="list-style-type: none"> <li>Es muss eine ausreichende Überprüfung des Grünlands auf arten- und strukturreiches Dauergrünland im Sinne des Art. 23 Abs. 1 erfolgen</li> </ul>	erbracht; die Vorgaben zur Ansaat und Pflege werden übernommen.	
--	---	---	--



**Beschluss:**

Der Marktgemeinderat beschließt, den Behandlungs- und Beschlussvorschlägen in der Abwägungstabelle (Stand:13.09.2022, 31.08.2022) wird gefolgt. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des geänderten Entwurfes vom 12.09.2022 die nochmalig notwendige Beteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Anwesend:	15	
Ja-Stimmen:	15	
Nein-Stimmen	0	
Persönlich beteiligt:	0	nach Art. 49 GO

**6 Bauleitplanung benachbarter Kommunen: Aufstellung Bebauungsplan u. 30. Änderung Flächennutzungsplan für "Wohn- u. Mischgebiet ehemaliges Ziegeleigelände" der Stadt Marktheidenfeld; Erneute Beteiligung als Träger öffentlicher Belange; Beschluss**

**Sachverhalt:**

Der Markt Triefenstein wurde bereits frühzeitig am Verfahren beteiligt.

Von Seiten des Gremiums wurden bei den TOP Behandlungen am 9.2.2021 sowie am 12.10.2021 jeweils keine Bedenken hinsichtlich des Verfahrens geäußert.

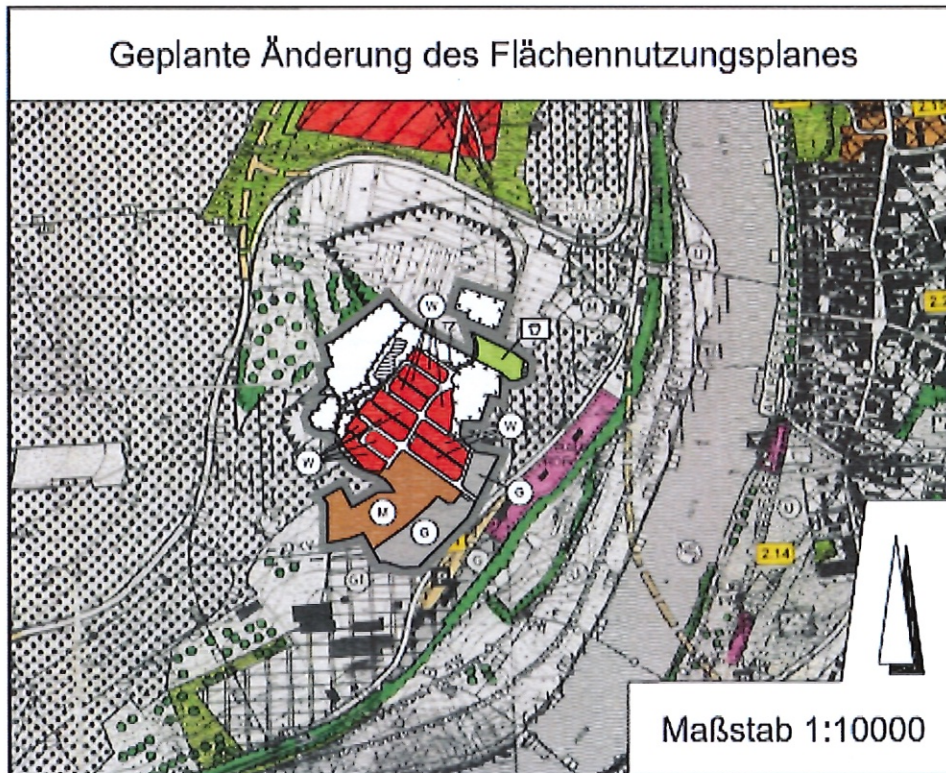
Mit Schreiben vom 25.08.2022 hat das Planungsbüro Koch die Stadt Marktheidenfeld über das bereits eingeleitete Bauleitplanungsverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans und 30. Änderung des Flächennutzungsplanes für „Wohn- und Mischgebiet ehemaliges Ziegeleigelände“ informiert und dem Markt Triefenstein als benachbarter Kommune erneut im Rahmen der formellen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich westlich des Stadtkerns der Stadt Marktheidenfeld auf der westlichen Mainseite. Das Plangebiet erstreckt sich auf das Gelände der ehemaligen Ziegelei. Nördlich des Plangebietes befindet sich die Rekultivierungsfläche der Tongrube. Im Süden wird die Verbindung hin zur Bahnhofstraße hergestellt.

Gegenstand der Aufstellung ist die Ausweisung eines Wohn- und Mischgebietes zur Schaffung von Wohnraum bzw. gewerblichen Einheiten.

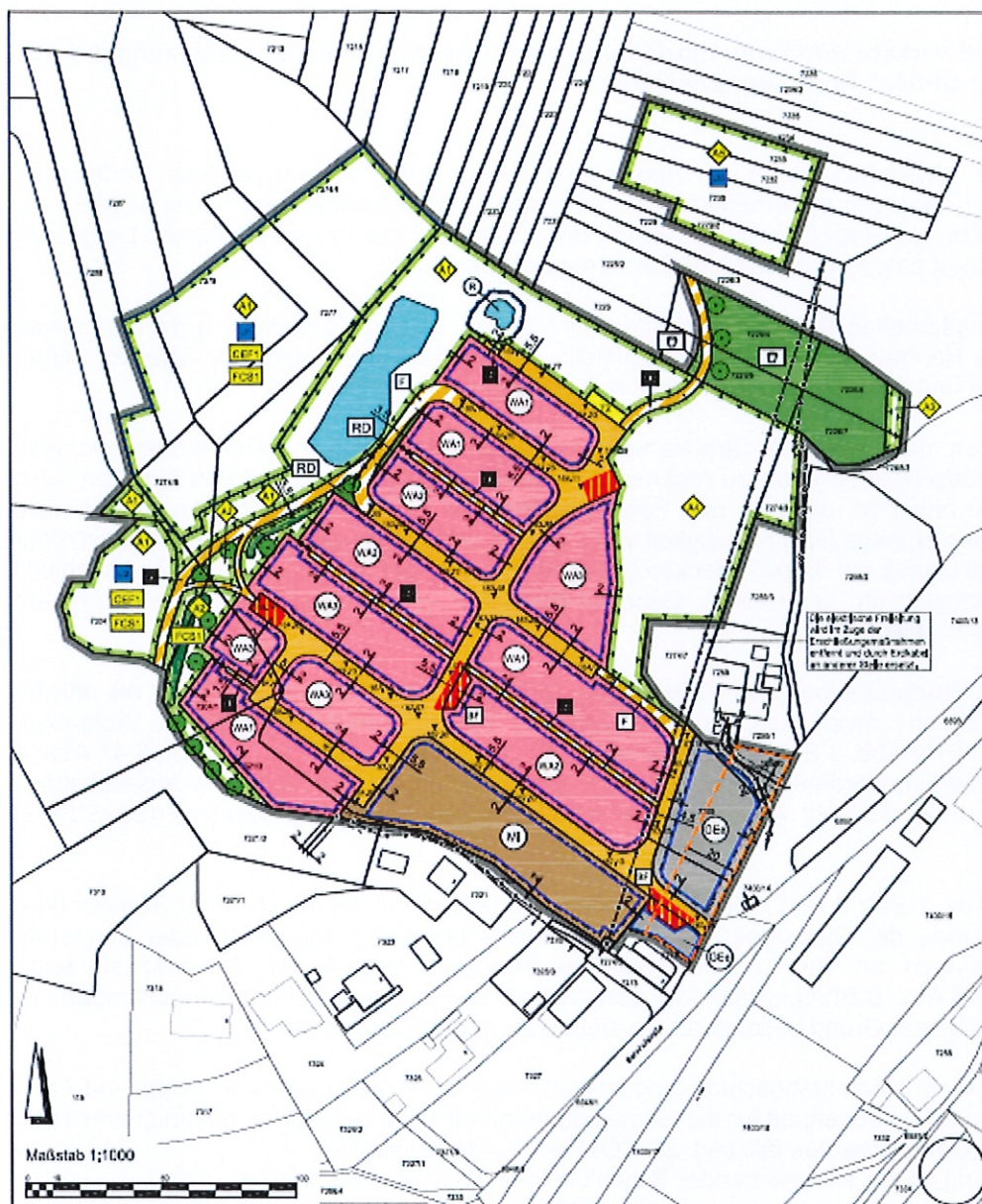
**Nach Sichtung der Verfahrensunterlagen sind weiterhin keine Berührungspunkte für den Markt Triefenstein zu erwarten.**

Auszug 30. FNP Änderung der Stadt Marktheidenfeld:



Auszug B-Plan „Wohn- und Mischgebiet ehemaliges Ziegeleigelände“:





Die detaillierten Verfahrensunterlagen wurden den Gemeinderatsmitgliedern im Ratsinformationsportal zur Verfügung gestellt.

### **Beschluss:**

Der Marktgemeinderat beschließt, im 30. Flächennutzungsplanverfahren sowie beim Bebauungsplanverfahren „Wohn- und Mischgebiet ehemaliges Ziegeleigelände“ der Stadt Marktheidenfeld keine Bedenken bzw. Einwendungen vorzutragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Anwesend:	15	
Ja-Stimmen:	15	
Nein-Stimmen:	0	
Persönlich beteiligt:	0	nach Art. 49 GO



## **7 Vollzug der Straßenverkehrsordnung; Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Straße "Remlinger Straße" Homburg; Beschluss**

### **Sachverhalt:**

Die Remlinger Straße ab Ortsschild Homburg Ortsausgang Richtung B8 wird im großen Umfang als Verbindungsstraße genutzt, teilweise mit erheblicher nicht angepasster Geschwindigkeit. Dies wurden u.a. auch bei der öffentlichen Bau- u. Umweltausschusssitzung am 05.07.2022 vor Ort vom Gremium festgestellt und die Verwaltung beauftragt entsprechende Möglichkeiten auszuarbeiten.

Im Zuge der Ausbesserungsarbeiten fiel jetzt zwischenzeitlich auf, dass trotz Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Rahmen der VRAO der Baustelle, es im kurvigen Verlauf der Strecke, immer wieder zu akuten Gefahren und zu potenziellen gefährlichen Situationen gekommen ist.

Es ist demnach zu erwarten, dass wenn die Strecke wieder weitestgehend frei von Fahrbahnabsenkungen ist, mit deutlich höheren Geschwindigkeiten zu rechnen ist und die Wahrscheinlichkeit von Unfällen noch steigen wird. Weiter ist zu erwarten, dass für den Fahrzeugführer die Eigenart des Straßenverlaufs nicht immer so erkennbar ist, dass er seine Geschwindigkeit von sich aus den Straßenverhältnissen anpasst, oder eigenverantwortlich feststellt, dass auf dieser Strecke eine Verminderung des Geschwindigkeitsunterschieds geboten sei oder die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten von anderen Verkehrsteilnehmern unterschätzt oder nicht erwartet würden.

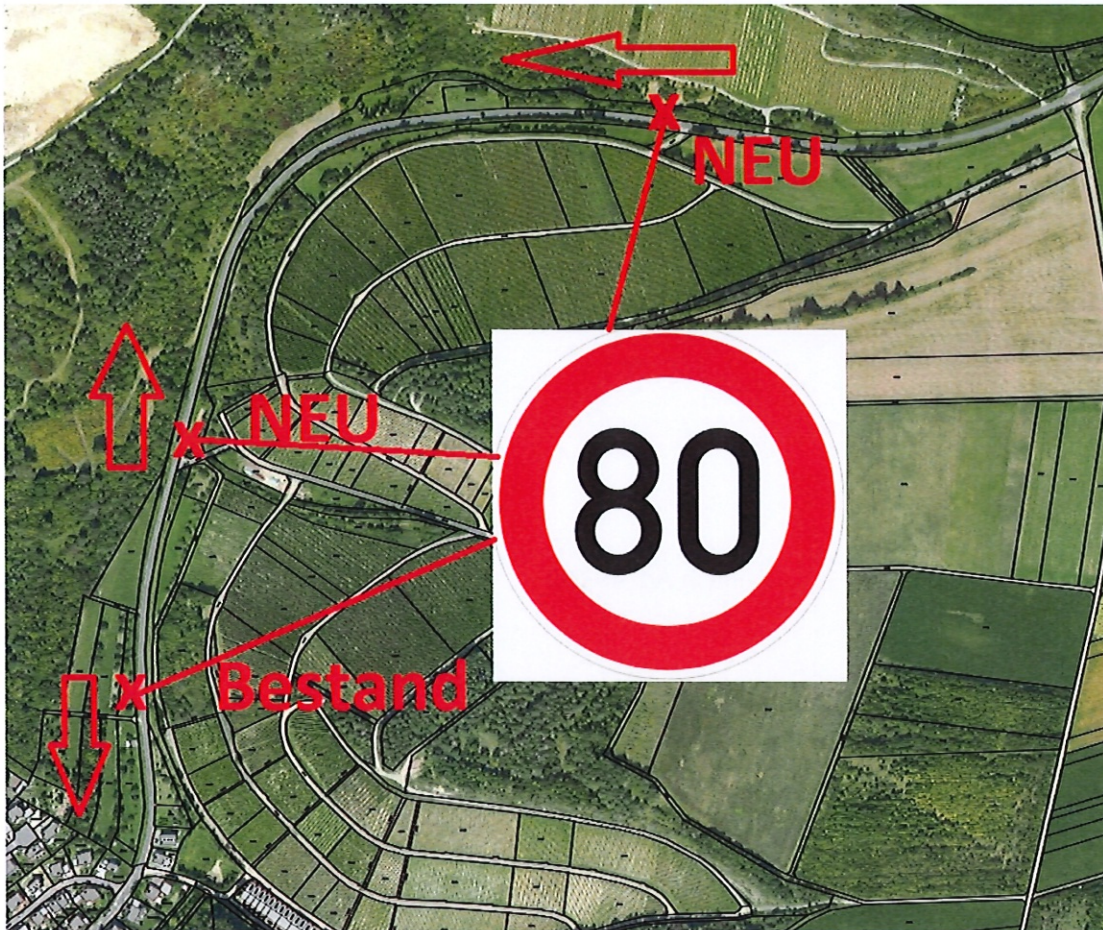
Straßenbaulastträger und Straßenbaubehörde ist der Markt Triefenstein, demnach ist der Markt als örtliche Straßenverkehrsbehörde örtlich sowie auch sachlich zuständig um im Gemeindegebiet alle Aufgaben, welche § 16 Abs. 2 Satz 1, § 44 Abs. 3 Satz 1, Abs. 3a und § 45 StVO sowie § 40 Abs. 1 und 2, § 47 Abs. 4 BImSchG den Straßenverkehrsbehörden zugewiesen sind, soweit sich solche Maßnahmen ausschließlich auf Gemeindestraßen im Sinn des Art. 46 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) handelt, anzuordnen.

Somit können nach § 45 Abs. 1 Satz 1 StVO die Verkehrsbehörden die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs beschränken oder verbieten. Hinsichtlich der Anforderungen an die im pflichtgemäßen Ermessen der Verkehrsbehörde stehende Entscheidung bestimmt § 45 Abs. 9 StVO ergänzend, dass Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen nur dort anzuordnen sind, wo dies auf Grund besonderer Umstände zwingend geboten ist.

Die dauerhafte Anordnung einer Verkehrsbeschränkung ist keine laufende Angelegenheit im Sinne von Art. 37 Abs. 1 Satz 1 GO, weil die Angelegenheit für die Gemeinde grundsätzliche Bedeutung hat und somit in die Zuständigkeit des Marktgemeinderates fällt (Art. 29 GO) Für die Anordnung der Geschwindigkeitsbegrenzung ist ein entsprechender Beschluss des Gremiums notwendig.

Nach Abwägung der Vorteile und Nachteile für die jeweiligen Verkehrsteilnehmer, wird eine Verkehrsbeschränkung auf 80 km/h als geeignet angesehen, den Schutz aller Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Es ist auch kein milderes Mittel ersichtlich, dass mit ähnlichem Aufwand den gleichen Effekt erwirkt. Aus diesen Gründen wird vorgeschlagen, den Streckenabschnitt, bis zum vollständigen Ausbau, vorbeugend zum Schutz der Verkehrsteilnehmer, dauerhaft auf 80 km/h Höchstgeschwindigkeit wie folgt zu beschränken:





Es wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

GR Schäfer regt an, die Beschilderung mit 80 km/h so weit als möglich Richtung Wüstenzell aufzustellen, damit die Einfahrt der Wirtschaftswege mit eingebunden sind, da viele Wanderer und Spaziergänger diese Wege nutzen.

Die Beschränkung von 80 km/h gelte in beide Richtungen, beantwortet die Vorsitzende die Frage von GR Senger.

#### **Beschluss:**

Der Marktgemeinderat beschließt, dass der Markt Triefenstein als sachlich und örtlich zuständige Straßenverkehrsbehörde gemäß § 44 Abs. 1 StVO, § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 StVO i. V. m. Art. 2 Satz 1 Nr. 1, Art. 3 Abs.1 Gesetz über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustGVerk) folgende verkehrsrechtliche Anordnung erlässt:

Auf der nachgenannten Straße / öffentlichen Verkehrsfläche werden folgende verkehrsrechtliche Maßnahmen angeordnet:

Errichtung von Verkehrszeichen zur Verkehrsführung, Standort: Remlinger Straße, Ortsausgang Homburg, naheliegend Richtung B8 vor Abzweigung Richtung Wüstenzell. Die Kennzeichnung erfolgt über zwei zusätzlich anzubringenden Verkehrszeichen 274-80 (Zulässige Höchstgeschwindigkeit 80 km/h). Die bisherige Beschilderung der vorhandenen Tonnagen Beschränkung wird beibehalten.

Begründung: Die Straßenverkehrsbehörden können die Benutzung bestimmter Straßen und Plätzen aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs beschränken oder verbieten. Das gleiche Recht haben sie hinsichtlich der zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen (§ 45 Abs.1 Satz 1



und 2 Nr.5 StVO).Die beschränkende Anordnung beachtet das Übermaßgebot und die Interessen der Betroffenen (z.B. Verkehrsteilnehmer); sie ist verhältnismäßig.

Der Beschilderungsplan ist Bestandteil dieser Anordnung und darf nur mit Zustimmung der Straßenverkehrsbehörde geändert oder ergänzt werden. Er kann zu den Dienstzeiten in den Räumen des Bau- u. Liegenschaftsamtes eingesehen werden.

Diese Anordnung wird mit der Aufstellung der Verkehrszeichen wirksam.

Die Beschaffung, Aufstellung und Unterhaltung der Verkehrszeichen obliegt gemäß § 45 Abs.5 StVO dem Markt Triefenstein als Straßenbaulastträger.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Anwesend:	15	
Ja-Stimmen:	15	
Nein-Stimmen	0	
Persönlich beteiligt:	0	nach Art. 49 GO

### **8 Forstwirtschaft; Holzverkauf - Festlegung Vergabekriterien im Markt Triefenstein sowie Anpassung der Holzpreise; Beschluss**

#### **Sachverhalt:**

Bisher gab es keine bestimmten Festlegungen für die Vergabe von Holz im Markt Triefenstein. Da die Anfragen nach Holz immer bedient werden konnten, war dies bisher auch nicht notwendig.

Aufgrund der steigenden Energiepreise und vermutlich steigender Nachfrage nach Brennholz, auch von Bürgern außerhalb Triefensteins, ist es unabdingbar die Vergabekriterien neu festzulegen.

#### **Richtlinien**

##### **1. Ortsansässige Bürger und Mitarbeiter des Markt Triefenstein**

*Sofern Holz dann noch zur Verfügung steht:*

2. Kunden angrenzender Gemeinden.
3. Brennholzhändler/Großabnehmer.

#### **Holzmenge:**

Deckelung der Menge bei 10 Ster

**Ablauf für Holzerwerb ändert sich nicht außer, dass die Vergabe nach den o.g. Richtlinien erfolgt:**

- Holzinteressenten melden sich bei unserem Mitarbeiter Willi Müller und fragen nach verfügbarem Polter an,
- sofern Polterholz vorhanden, erfolgt die Vergabe dann entsprechend der Vergaberichtlinien

**HINWEIS unseres Försters: Bis Weihnachten werden keine größeren Mengen an Brennholz bereitet gestellt. Den Großteil der diesjährigen Brennholzmenge wurde bereits aufgrund der gestiegenen Nachfrage im Sommer verkauft.**

#### **Einführung eines Hinweisblatt:**

Aushändigung eines Hinweisblattes bei der Brennholzaufarbeitung im Wald. Jeder Kunde muss vor Erwerb eines Brennholzpolters ein solches Exemplar unterzeichnen, damit die Gemeinde im Falle von Unfällen oder Zertifizierungsverstößen rechtlich und versicherungstechnisch auf der sicheren Seite ist, siehe nachfolgend:



**„Hinweise zum Brennholz**

Lieber Brennholzkunde,

im Folgenden sind die wichtigsten Maßnahmen zur Unfallverhütung bei der Aufarbeitung von Brennholz, sowie die generellen Verhaltensregeln im Gemeindewald Triefenstein aufgeführt.

Die Vorschriften ergeben sich aus der Unfallverhütungsvorschrift Forsten und dienen vor allem Ihrer eigenen Sicherheit.

Waldarbeit ist eine der gefährlichsten Arbeiten und birgt große Gefahren für Ihre Gesundheit. Zudem dauert es sehr lange bis Rettungskräfte im Fall eines Unfalls in den Wald kommen können.

Folgende Regeln sind deswegen einzuhalten:

- Bei allen Arbeiten mit Motorsägen **muss Schutzkleidung** (Schnittschuttschuhe, Schnittschutzhose, Helm mit Gesichts- und Gehörschutz) getragen werden. Außerdem müssen mindestens zwei Personen anwesend sein. **Keine Alleinarbeit!**
- Für den Betrieb von allen motorgetriebenen Geräten (Motorsägen, Holzspalter) **müssen** biologisch abbaubare Schmierstoffe, sowie zugelassene Spezialkraftstoffe genutzt werden.
- Fahrzeuge sind so zu parken, dass andere Fahrzeuge (v.a. Rettungskräfte) passieren können und Waldbesucher nicht behindert werden.
- Prüfen Sie vor Beginn der Arbeiten Ihren Mobilfunkempfang und informieren Sie sich über den nächsten Rettungstreffpunkt. Informationen zu den Rettungstreffpunkten finden Sie unter folgendem Link oder scannen Sie den QR-Code, um auf die Seite zu gelangen.  
<https://www.stmelf.bayern.de/wald/waldbesitzer/038467/index.php>



Noch schneller und einfacher für Sie ist die Installation der App „Hilfe im Wald“ auf Ihrem Smartphone. Hier sind alle Rettungspunkte für Deutschland hinterlegt und sie sehen auf einer Karte Ihren aktuellen Standort.

- Der erworbene Polter ist vollständig aufzuarbeiten und der Lagerplatz anschließend sauber zu hinterlassen (Rinde und Restholz bitte vom Weg entfernen).
- Arbeiten Sie bitte nur tagsüber an Ihrem Holzpolter (Richtzeit 07-18h).
- Den Anweisungen des Forstpersonals ist Folge zu leisten.

	Bitte ankreuzen
Ich habe einen Motorsägekurs besucht und kann das auch per Urkunde nachweisen	<input type="checkbox"/>
Ich habe die obenstehenden Regeln zur Kenntnis genommen und werde sie befolgen	<input type="checkbox"/>

**Bei Verstößen gegen die genannten Vorschriften behalten wir es uns vor, Sie bei künftigen Brennholzvergaben nicht mehr zu berücksichtigen.**

Name	Vorname	Telefonnummer

Datum	Unterschrift Brennholzkunde



Nach Rücksprache mit unserem Förster und unserem Waldarbeiter, wurde zu den Richtlinien auch ein Vorschlag für neue Holzpreise ausgearbeitet, die sich an den Preisen der Nachbarkommunen orientieren. Gerade mit Blick auf die stark gestiegenen finanziellen Belastungen unserer Bürger für Gas und Strom, sollte eine moderate Preisanpassung erfolgen, die bezahlbar ist.

#### Vorschlag neue Holzpreisliste Markt Triefenstein:

**Polterholz**, das nach der Holzernte auf einem Sammelplatz zur Abfuhr bereitliegt, zum Beispiel am Rand von Forststraßen

Baumartengruppe:	Buche	43,00 €/Ster bzw. 62,00 €/FM (vorher 50 €/FM)
	Eiche	41,00 €/Ster bzw. 58,00 €/FM (vorher 45 €/FM)
	Nadelholz	27,00 €/Ster bzw. 39,00 €/FM (vorher 30 €/FM)

#### Selbstwerbung

Oberholz/Giebelholzlos Buche 20,00 €/Ster (Mindestgebot bei Versteigerung)

#### Begründung für die Anpassung der neuen Holzpreise:

1. Gestiegene Aufarbeitungskosten (ca. 2,8 €/Ster bzw. 4,00 €/FM Mehrkosten – Stand 01.09.2022)
2. Preiserhöhung der umliegenden Anbieter (z.B. Staatsforsten und Stadt Lohr 59,9 €/Ster bzw. 85 €/Fm, andere Gemeinden im Umkreis verlangen 60 €/Fm bis 70 €/Fm. Einzig die Gemeinde Steinfeld wird voraussichtlich keine Preiserhöhung beschließen).

GR Engelhardt regt an, das Holz nicht an Bürger Nachbargemeinden und Holzhändler zu verkaufen, sondern für Triefensteiner Bürger erst im Folgejahr zu verkaufen.

BGM Deckenbrock erklärt, dass noch Holz an Andere verkauft werden könne, sei nahezu ausgeschlossen. Für das Jahr 2022 sei das komplette Holz im Sommer verkauft worden. Wenn noch ein „Rest“ übrigbliebe, sei dieser oft nicht mehr interessant für den normalen Verkauf. Hier sei man froh, wenn man diesen an bekannte nicht Triefensteiner Abnehmer verkaufen könne.

Auch für künftige Jahre könne man davon ausgehen, dass Bürger aus Nachbargemeinden oder Holzhändler kaum zum Zuge kämen. Die Nachfrage in Triefenstein sei stark gestiegen. Nicht zuletzt auch wegen zahlreicher Holzhöfen, die aktuell neu abgenommen würden.

GR Schäfer erkundigt sich ob das Vergabeprinzip „Wer zuerst komme, bekomme zuerst“ gelte und ob es kein Losprinzip gebe.

Dies bestätigt die Vorsitzende. Sie gehe jedoch davon aus, dass man alle Triefensteiner mit Holz bedienen könne. Man könne nur nicht mehr die Masse anbieten, daher die Beschränkung auf die Abgabe von maximal 10 Ster.

#### Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt die vorgeschlagenen Vergabekriterien und Holzpreise rückwirkend zum 01.10.2022.

Die neuen Festlegungen hinsichtlich der Vergabekriterien gelten auf unbestimmte Zeit, alle in der Vergangenheit festgelegten Vergabekriterien verlieren ihre Gültigkeit.

Die Verwaltung wird beauftragt die Holzpreisentwicklung weiter zu verfolgen und bei Bedarf die Holzpreise entsprechend den Marktpreisen anzupassen.



**Abstimmungsergebnis:**

Anwesend:	15	
Ja-Stimmen:	15	
Nein-Stimmen:	0	
Persönlich beteiligt:	0	nach Art. 49 GO

**9 Bürgeranfragen****9.1 Weg unterhalb Rückhaltebecken Lengfurt**

Bruno Keil erkundigt sich, ob es wieder einen Weg am Regenrückhaltebecken unterhalb der Praxis für Ambulante Chirurgie geben werde.

BGM Deckenbrock erläutert, dass in diesem Bereich wieder ein Weg als Anbindung geplant sei. Hier solle der Naturlehrpfad verlaufen, der auch über das Regionalbudget gefördert werde. Mit den notwendigen Arbeiten Heckenschnitt, Baumrückschnitt könne jedoch erst jetzt aufgrund der Brut- und Setzzeit begonnen werden.

**9.2 Energiesparmaßnahmen im Bereich Straßenbeleuchtung**

Gerhard Jeßberger erkundigt sich, ob der Markt Triefenstein die Abschaltung der Straßenbeleuchtung zu den Nachtstunden als Energiesparmaßnahme in Erwägung gezogen habe.

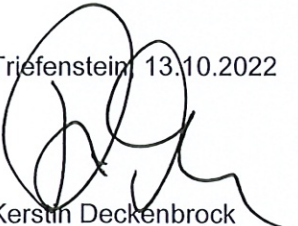
BGM Deckenbrock erklärt, dass dies aufgrund des alten Netzes technisch nicht möglich sei. Es gebe in Triefenstein zwei Zeit-Schaltzyklen, die sich einstellen lassen. Auch sei aufgrund der Verkehrssicherungspflicht eine Abschaltung der Straßenbeleuchtung nur in reinen Wohngebieten möglich. Man wolle jedoch auf andere Weise Energie bei der Straßenbeleuchtung einsparen. Mit diesem Thema befasst sich das Gremium bereits.

**10 Anfragen**

keine

Nachdem keine Wortmeldungen vorgebracht werden schließt 1. Bürgermeisterin Kerstin Deckenbrock den öffentlichen Teil der Sitzung gegen 20:06 Uhr.

Triefenstein 13.10.2022



Kerstin Deckenbrock  
1. Bürgermeisterin



Birgit Tschöp  
Schriftführer/in

